WB-EZ-01-085-3

Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	KV Münster
Beschlussdatum:	02.05.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Nach Zeile 85 einfügen:

Anhaltend hohe deutsche Exportüberschüsse von mittlerweile über 8% des BIP lasten wie ein Bleiklotz auf der Wirtschaft der wettbewerbsschwächeren EU-Länder.

Eine wesentliche Ursache dafür ist die zu geringe Lohnsteigerung in Deutschland, die einerseits zu einem preislichen Wettbewerbsvorteil der deutschen Wirtschaft geführt hat, und anderseits zu einer Schwäche der deutschen Inlandsnachfrage und des Imports. Leidtragende sind die Beschäftigen in Deutschland und in den so genannten Südländern.

Die Folgen hier sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Arbeit ohne Auskommen. Deutschland hat inzwischen einen europaweit einzigartigen Niedriglohnsektor.

Die Folgen dort sind Verschuldung, hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit der Jugend und in der Konsequenz die Erfolge von nationalistischen und europafeindlichen Kräften in den betroffenen Ländern.

Zu Recht wird unser Land dafür von den Gewerkschaften hierzulande und den betroffenen Regierungen, von der EU-Kommission, von der OECD und vom IWF kritisiert. Aber Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble weisen die Kritik zurück und empfehlen den betroffenen Ländern noch härtere Austeritätsprogramme und Reformen, die letztlich Lohnsenkungen zum Ziel haben.

Der Kostenvorteil der deutschen Wirtschaft gegenüber anderen EU-Ländern geht zu einem wesentlichen Teil auf die Maßnahmen der Agenda 2010 zurück, deren Reformen eine adäquate Steigerung der Lohnkosten verhindert haben.

Wir wollen, wie von der EU-Kommission empfohlen und den Gewerkschaften gefordert, eine Lohnentwicklung erreichen, die langfristig ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht erzielt. Mögliche Maßnahmen sind die Stärkung der Flächentarifverträge, gleicher Lohn für Zeitarbeiter*innen und Festangestellte, Erhöhung des Mindestlohns, Wiederherstellung der Parität zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen bei den Beiträgen zur Sozialversicherung, Beschränkung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Sicherung der gesetzlichen Rente und ein armutsfestes ALG 2.

Ganz wesentlich wird auch der Green New Deal die Inlandsnachfrage in Deutschland stärken und damit einen Beitrag zu einer günstigeren Lohnentwicklung leisten. Zugleich trägt er zum erstrebenswerten und gegenüber anderen Ländern fairen außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei.

Begründung

Die deutschen Außenhandelsüberschüsse sind in hohem Maße mitschuldig an den derzeitigen Problemen in der EU. Sie sollten daher im Bundestagswahlprogramm thematisiert werden.

Die Kritik an den deutschen Exportüberschüssen ist fast überall in Europa zu hören. So sagte z.B. Emmanuel Macron in Bezug auf Deutschland: „Man kann zur Aufrechterhaltung des Wachstums nicht auf unbestimmte Zeit Handelsüberschüsse anhäufen."

Die Kritik wird von der schwarz-roten Koalition teils ignoriert und teils mit falschen Argumenten zurückgewiesen. Zu diesen gehört die Behauptung des nicht-preislichen Wettbewerbs, d.h. die Exportüberschüsse würden im Wesentlichen von der hohen Qualität deutscher Produkte herrühren. Dabei wird jedoch der durch Zahlen belegte preisliche Vorteil der deutschen Wirtschaft durch zu niedrige Löhne außer Acht gelassen.

In dem „Länderbericht Deutschland 2016" der Europäischen Kommission wird empfohlen, dass die Löhne sich gemäß der so genannten „goldenen Regel" entwickeln sollen. Nach dieser „sollten die Nominallöhne im gleichen Rhythmus wachsen wie das nationale mittelfristige Produktivitätswachstum zuzüglich des Inflationsziels der Zentralbank." Dies stellt sicher, dass Länder mit unterschiedlicher Produktivität in der Währungsunion koexistieren können, da sich die Löhne an die Produktivitätsentwicklung anpassen. Das ist deshalb wichtig, weil sich Länder mit vergleichsweise niedriger Produktivität, nicht mehr, wie vor Einführung des Euro, durch Abwertung ihrer Währung wettbewerbsfähig halten können. Die Regel ist somit ein Gebot des fairen Wettbewerbs, der nicht durch niedrigste Löhne oder niedrigste Arbeitnehmer*innen-Rechte ausgetragen werden sollte. Außerdem sorgt die goldene Regel dafür, dass das Produktivitätswachstum im Inland gerecht verteilt wird. Wird sie eingehalten dann profitieren Arbeitnehmer*innen und Unternehmen gleichermaßen vom technischen Fortschritt.

Deutschland aber liegt um ca. 15 Prozentpunkte zu niedrig, und konkurriert damit die übrigen Euroländer an die Wand. Deutschland profitiert vom Euro auch für den Export in Nicht Euro-Länder, da Deutschland von dem niedrigen Euro-Kurs profitiert, den eine deutsche Währung im internationalen Wettbewerb so nicht hätte.

Deutschlands Außenhandelsüberschüsse, die im vergangenen Jahr 247,8 Milliarden Euro betrugen, haben also nicht in erster Linie mit Glanzleistungen deutscher Ingenieurskunst zu tun, sondern auch und vor allem mit Lohndumping. Diese Politik der schwarz-roten Bundesregierung ist nicht nachhaltig, denn die Folgen für die anderen Länder sind verheerend, weil, wie es selbst in einem „Focus Paper" der als arbeitgebernahe bekannten Bertelsmann-Stiftung heißt, „Deutschland mit seinen Exportüberschüssen auch seine Arbeitslosigkeit exportiert." Diesen unfairen Wettbewerbsvorteil hat sich Deutschland im Wesentlichen mittels Lohnmoderation durch die Agenda 2010 verschafft. Unter Lohnmoderation versteht man staatliche Maßnahmen, die die Lohnkosten trotz Tarifautonomie gezielt beeinflussen. Während der Sachverständigenrat, auf dessen Konzepte die Agenda 2010 ganz wesentlich zurückgeht, die „Lohnmoderation" als probates Instrument zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gelobt hat, wollen Sachverständigenrat und Bundesregierung davon, nach der inzwischen überall zu hörenden internationalen Kritik, nichts mehr wissen und verweisen auf nichtpreislichen Wettbewerb und Tarifautonomie. (Siehe z.B. http://norberthaering.de/de/27-german/news/800-wirtschaftsweise-merkantilismus)

Diese Politik, die den wettbewerbsschwächeren Ländern Austeritätsprogramme und sogenannte Strukturreformen aufzwingen will, hat die Probleme der betroffenen Länder noch verschärft, trägt auch hierzulande zur Verarmung bei und ist für den Zusammenhalt der europäischen Union brandgefährlich. Nicht zufällig ist die Kritik an den deutschen Exportüberschüssen bei fast allen EU-Gegnern lautstark vertreten. Statt ein „weiter so“ auf Kosten anderer Länder, muss Deutschland endlich seine eigene Verantwortung wahrnehmen und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht anstreben, das Ländern wie Frankreich, Italien, Spanien oder Griechenland Luft zum Atmen gibt, bevor die EU oder der Euro daran zerfallen. Hierfür bleibt nur noch ein kurzes Zeitfenster.